

Ab 1972 höhere Beiträge

Die Delegiertenkonferenz faßte in Köln folgenden Beschluß:

„Der Jahresbeitrag für die Humanistische Union wird ab 1. Januar 1972 auf DM 60,— festgesetzt. Der Jahresregelbeitrag kann auf Antrag vom Vorstand in Einzelfällen ermäßigt werden. Die bereits gewährten Beitragsermäßigungen gelten, soweit ihre Voraussetzungen bestehen bleiben, weiter. Die Jahresbeiträge für Studenten bzw. Familienmitglieder betragen weiterhin DM 12,— bzw. DM 6,—.“

Wir bitten unsere Mitglieder diesen Entschluß nicht in den berechtigten Ärger über die allgemeinen Preiserhöhungen einzubeziehen. Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Beitragserhöhung über dem durchschnittlichen Preisanstieg liegt, bitten aber die besondere Lage der Humanistischen Union zu berücksichtigen.

Öffentlichkeitsarbeit beruht auf Kommunikation; Instrument der Kommunikation ist aber vorwiegend die Bundespost. Wie Sie wissen, erhöht diese ihre Tarife demnächst zum Teil bis zu 25%. Ähnliche überdurchschnittliche Kostensteigerungen haben wir auf anderen Gebieten abzufangen.

Noch entscheidender ist aber ein anderer Umstand, nämlich der Rückgang des Spendenaufkommens. Während dieses 1964 noch DM 59 000,— betrug, war es 1970 auf DM 23 000,— zurückgegangen, was ein Sinken des Anteils am Gesamthaushalt von ca. 25% auf ca. 10% bedeutet. Der Grund für diese Entwicklung ist fast ausschließlich im Verlust sämtlicher Großspender zu sehen. Solange die HU weithin als antiklerikaler Kampfverband begriffen wurde, war mancher liberale Unternehmer bereit uns zu unterstützen. Seitdem wir uns auch um Probleme wie eine humane Umweltgestaltung oder die Humanisierung der Arbeitswelt kümmern (vgl. nebenstehenden Bericht über die Delegiertenkonferenz) ist diese Bereitschaft offensichtlich zurückgegangen. Was früher durch einige wenige Spenden aufgebracht wurde, muß jetzt durch die kleine Mehrbelastung vieler erreicht werden. Gelingt dies nicht, ist Arbeit und Existenz der HU gefährdet. Die Delegiertenkonferenz hat sich diesen Entschluß nicht leicht gemacht. Daß ihr angesichts der Lage kein anderer Weg blieb, zeigt die Tatsache, daß sie die Beitragserhöhung nur mit einer Gegenstimme beschloß.

HU erweitert ihr Programm

Bundestag soll aus Abhörurteil des Bundesverfassungsgerichts Konsequenzen ziehen - Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union wählt Prof. Dr. Walter Fabian erneut zum Vorsitzenden

Die Bundesdelegiertenkonferenz erweiterte am 8./9. Mai in Köln das Programm der Humanistischen Union. Die Konferenz beschloß den Vereinszwecken der Humanistischen Union die Verpflichtung hinzuzufügen „alle Bestrebungen zu fördern, welche auf die Herstellung menschenwürdiger, demokratischer Arbeitsbedingungen für In- und Ausländer in Betrieben, Ausbildungsstätten und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen abzielen“, sowie alle „Beiträge zu einer menschenwürdigen und gesunden Umweltgestaltung“ zu unterstützen.

Zur Konkretisierung dieses Programms forderte die Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union neben anderem die Bevorzugung von Kinderspielplätzen gegenüber Parkplätzen und Zierflächen, eine radikale Neugestaltung des Bodenrechts, die Erhebung von Sonderabgaben bei umweltverschmutzenden Industriebetrieben zum Zwecke der Finanzierung von Erholungsparks und frei zugänglichen Badeanlagen, eine harte Bestrafung eingeplanten Verschleißes bei Industrieprodukten und die Entprivatisierung der Seeufer und Wälder. Sehr nachdrücklich bekräftigte die Delegiertenkonferenz die Forderung der Humanistischen Union nach völliger Trennung von Kirche und Staat. Mit Bedauern stellte sie fest, daß die sozialliberale Koalition bisher keine entscheidenden Versuche unternommen hat, die aus konfessionellem Denken herrührenden Elemente des Straf- und Scheidungsrechts, sowie die Privilegien der Großkirchen abzubauen. Insbesondere

wird erneut die Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzugs gefordert.

Weiterhin forderte die Konferenz den Bundestag auf, gegen die Anordnung von Post- und Telefonüberwachung in Staatsschutzsachen den ordentlichen Rechtsweg zuzulassen. Bezugnehmend auf das Minderheitsvotum des Bundesverfassungsgerichts wurde festgestellt, daß es angesichts der erheblichen rechtsstaatlichen Zweifel gegen die derzeitige Regelung einem demokratischen Parlament gut anstehen würde nach dem Grundsatz zu entscheiden: „Im Zweifel für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“ Die meisten dieser Beschlüsse beruhten auf Anträgen die in den letzten Mitteilungen veröffentlicht waren (s. Mitteilungen Nr. 49, S. 6 ff).

Zum Vorsitzenden der Humanistischen Union wurde wieder Prof. Dr. Walter Fabian (Journalist, Mitglied des Presserates) aus Köln gewählt.

Des weiteren wurden in den Vorstand gewählt: Gerd Hirschauer (Redakteur) aus Seefeld/Obb., Dr. Joachim Kahl (Publizist) aus Frankfurt, Dr. Hans Robinsohn (Volkswirtschaftler) aus Hamburg, Günter Rünge (Maurer) aus Rödgen/Hessen, Klaus Scheunemann (Redakt.), Barbara Schleich (Journalistin) aus Köln, Prof. Dr. Ulrich Sonnemann (Publizist) aus München, Dr. Charlotte Maack (Publizistin) aus Stuttgart. Das Beschlußprotokoll der Delegiertenkonferenz können Interessenten bei der Geschäftsstelle anfordern.

Zahlt die Kirche keine Gerichtskosten mehr?

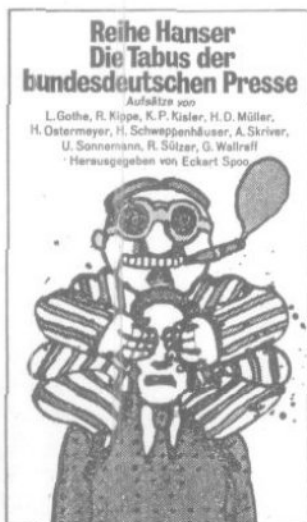
Die Humanistische Union protestierte mit einem Schreiben an die Niedersächsische Landesregierung gegen das dort geplante Gerichtskostengesetz.

In dem Schreiben heißt es u. a.: „Mit Bestürzung nehmen wir von dem geplanten niedersächsischen Gerichtskostengesetz Kenntnis. Danach sollen ‚Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften, Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise, Hochschulen und Forschungseinrichtungen‘ vor ordentlichen und

Arbeitsgerichten gebührenfrei bleiben. In der Praxis würde das eine erhebliche Benachteiligung des Bürgers gegenüber diesen Institutionen bei Gerichtsverfahren bedeuten. Insbesondere bei Arbeitsgerichtsverfahren scheint uns eine solche Ungleichbehandlung völlig unverträglich. Darüber hinaus haben wir die stärksten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die geplante Regelung. Die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes ist ganz offensichtlich. Ganz und gar unverträglich scheint uns

die Einbeziehung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in die geplante Regelung. Das Grundgesetz kennt nur einige wenige genau bezeichnete Ausnahmen vom Prinzip der Trennung von Kirche und Staat. Die Kostenfreistellung der Kirchen vor Gerichten wird mit Sicherheit von keiner dieser Ausnahmebestimmungen gedeckt."

Die Texte des von der HU mitveranstalteten Kongresses vom Dez. 1970:



DM 7.80

Zu beziehen über die Geschäftsstelle der HU, 8 München 23, Destouchesstraße 48.

Fernsehfilm über Freireligiöse

Als Übernahme vom WDR zeigt der Hessische Rundfunk am Sonntag, dem 27. Juni um 19.30 Uhr in seinem 3. FS-Programm unter dem Titel „Im Schatten des Christen-

Bremen und die Freiheit der Wissenschaft

Die Humanistische Union hat in einem Schreiben an den Bremer Senat gegen die *Art und Weise des Berufungsverfahrens* an der Bremer Universität protestiert. Der Wortlaut des Schreibens ist:

„Die Humanistische Union hat mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, daß mit der Nichtberufung von elf Dozenten an die Universität Bremen sich die Vereitelung der bundesdeutschen Hochschulreform zu einem Exzeß der Kulturlosigkeit steigerte. Während die Verletzlichkeit eines keimenden Hochschulprojekts diese in besonderem Maß demonstrieren kann, ist sie auf die Bremer Universität nicht beschränkt.

Durchweg handelt es sich bei den Abgelehnten um kritische junge Wissenschaftler von nachgewiesen ausgezeichneten Qualifi-

tums“ einen Filmbericht über die Freireligiösen und die Freidenker in der Bundesrepublik. Dieser Film enthält u. a. Interviews mit Professor Dr. Wolfgang Abendroth (Marburg), Dr. Joachim Kahl (Autor der Streitschrift „Das Elend des Christentums“) und Alfons Künstler (Präsident der Freireligiösen Landesgemeinde NRW).

Teile aus der Podiumsdiskussion „Gegen die Unterdrückung der Frau – für die Emanzipation des Mannes“, die die HU am Vorabend der Delegiertenkonferenz in Köln veranstaltete, werden vom WDR gesendet. Mitglieder die im Sendebereich des 3. Hörfunkprogrammes des WDR wohnen, können diese im Rahmen der Sendung „Mitgehört – Mitgeschnitten“ am Donnerstag, dem 10. 6. um 21.30 Uhr hören,

deren Engagement für eine Verbesserung des deutschen Hochschullebens seit Jahren bekannt ist. Außer diese Entscheidungen werden revidiert, ist die vorher schon verminderte Hoffnung, die sich an diese neue Universität knüpfen durfte, kläglich verendet.

Dem offenen Geheimnis, daß die Ablehnung jener Dozenten auf entsprechende Empfehlungen der Verfassungsschutzorgane zurückführt, ist seitens der zuständigen Instanzen bis heute mit nichts Stichhaltigem widersprochen worden. Ist die Darstellung wahr, so bedeutet sie, daß die Freiheit von Lehre und Forschung, die ein so unveräußerliches Grundrecht unserer Verfassung ist, daß selbst das Verbot einer politischen Partei 1956 sie ausdrücklich schützte, gerade von denen verletzt wird, die mit dem Schutz dieser gleichen Verfassung gegen solche unerträglichen Machenschaften beauftragt sind.

Sie bedeutet, daß das Weltverständnis anonym bleibender Beamter darüber entscheidet, wer in Bremen Professor wird. Die Humanistische Union registriert diesen Zustand mit dem Abscheu und der Empörung, die er verdient. Sie ruft der deutschen Öffentlichkeit dessen folgenschwere Geschichtspräzedenzen ins Gedächtnis.

Sie macht die Gesellschaft darauf aufmerksam, daß sie nicht gleichzeitig und glaubwürdig einer wissenschaftlichen Freiheit sich rühmen kann, mit der zu ihrer abermaligen Selbsterniedrigung solche Praktiken auf das Unbegreiflichste ihren Spott treiben.“

Kurzberichte - Informationen - Einladungen

Kindergartenseminar des OV Karlsruhe

Der Ortsverband Karlsruhe veranstaltet am Wochenende dem 12./13. Juni im Jugendheim am Engländer Platz, Karlsruhe, Moltkestraße ein Kindergartenseminar

Frau Gisela Ammon vom Lehr- und Forschungsinstitut für psychodynamische Psychiatrie und Gruppendynamik, Berlin, wird referieren über „Wege zu einem psychoanalytischen Kindergarten“. Anschließend ist eine Diskussion vorgesehen.

Ziel des Seminars ist vor allem der Erfahrungsaustausch. Für den weiteren Verlauf sollen Arbeitsgruppen zu folgenden Themen gebildet werden:

1. Interaktionsprozesse – Rollenfixierung – Aggression.
2. Unterschiedliches Verhalten der Kinder in der Gruppe und zu Hause.
3. Eltern in der Gruppe als Bezugsperson?
4. Möglichkeiten des Abbaus von kindlichem Fehlverhalten in der Gruppe.
5. Wie wirkt sich die Verunsicherung der Eltern auf das Kind aus.
6. Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Gruppen.

Beginn des Seminars: Samstag, den 12. 6. 1971, 14.00 Uhr. – Ende: Sonntag, den 13. 6. 1971 gegen 18.00 Uhr.

Die von HU-Mitgliedern in Karlsruhe ins Leben gerufene Aktionsgruppe der Kindergartenarbeit hat sich mit einer zweiten Eltern-

initiativgruppe in „Vorschulkind e. V.“ zusammengeschlossen, vor allem, um bei Behördenstellen Gewicht zu erhalten. In einer Veranstaltung der Jungsozialisten referierten und diskutierten dies Eltern über „Vorschulerziehung und fortschrittliche Kindergartenarbeit“.

Mitglieder der HU sind außerdem in der „Arbeitsgruppe Gesamtschule“, die auf Initiative der ASL (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer) entstand. Eine erste integrierte Gesamtschule soll gegen starke Widerstände im Stadtrat und im Kultusministerium entstehen.

Hessische Landesregierung unterstützt HU-Anliegen

Nicht zuletzt dem unverzagten „Trommeln“ (so Gustav Heinemann) des von der HU ins Leben gerufenen Vereins „Kinderheim Preungesheim e. V.“ dürfte es zuzuschreiben sein, daß sich die Partner der sozialliberalen Landesregierung in Hessen trotz angespannter Finanzlage entschlossen haben, die Mittel für die Errichtung eines Heimes für die Kinder der inhaftierten „Frauen von Preungesheim“ vorrangig im Budget einzuplanen. Gewiß kein „systemsprengender“ Schritt – aber wohl doch ein bescheidener Erfolg. Und Erfolgserlebnisse hat gerade die Reform-Linke bitter nötig.

Die Bundesgeschäftsstelle sucht dringend eine **Sekretärin** und eine **Buchhaltungskraft** (halbtags). Tel. 0811/30 20 96.

Wilder Streik

„Wilder“ Streik kann ein wirksames Regulativ sein zu Zeiten, wenn die Konjunktur sich anders entwickelt — die Preise schneller steigen, größere Gewinne gemacht werden —, als vorauszusehen war, während die Gewerkschaften durch den Tarifvertrag gebunden sind. Die Arbeiter, die ohnehin in einer nachteiligen Position wären, müßten in solchen Zeiten in die Lage versetzt sein, eine Anpassung an die veränderte wirtschaftliche Situation durchzusetzen. Das Bundesarbeitsgericht hat nicht gewerkschaftlich organisierte Streiks stets für unzulässig erklärt. Dagegen könnte und sollte man jedoch in den entsprechenden Paragraphen der Europäischen Sozialcharta, die auch von der Bundesrepublik unterzeichnet worden ist, eine Rechtsgrundlage auch für solche Streiks sehen. Zu diesem Ergebnis kam Arbeitsrichter Dr. R. Großmann in einem Vortrag vor dem Bremer Ortsverband nach einer Analyse des Klöckner-Streiks vom September 1969.

In einer Umfrage unter Mitgliedern und Sympathisanten der HU in Bremen über die ihrer Ansicht nach wichtigsten Aufgaben der HU, sprachen sich 69% der Befragten für Aufklärungskampagnen über die Auswirkung des geltenden Bodenrechts aus. Als weitere vorrangige Ziele wurden angesehen: Straffreiheit von Schwangerschaftsunterbrechungen (66%), Abbau der Kirchenprivilegien (50%) und Errichtung klassenloser Krankenhäuser (42%).

Der Ortsverband Bremen hat ein Informationsblatt über das Kirchnaustretungsverfahren in Bremen herausgegeben. Das Blatt ist von Interessenten über den Ortsverband zu beziehen.

Religionsunterricht an öffentlichen Schulen?

Der herkömmliche Religionsunterricht steckt in einer Krise. Mehr und mehr gerät dieses Kirchenprivileg in das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Im Zeitalter der Forderung nach demokratischer Gleichbehandlung aller gesellschaftlichen Gruppen findet ein staatliches Sonderengagement zugunsten der christlichen Großkirchen nicht mehr das ungeteilte Verständnis aller Staatsbürger. Religiösen und weltanschaulichen Minderheiten werden gleiche Chancen verweigert.

Religionsunterricht aus gesamtgesellschaftlicher Sicht kritisch zu betrachten, ist längst nicht nur das Vorrecht derer, die der Kirche den Rücken gekehrt haben. Inhalt und Funktion dieses Unterrichts sollte nicht länger aus traditionellen Ansprüchen der Kirchen abgeleitet werden, „Religion“ in der Schule nicht mehr auf spezielle Themen und das Bekenntnis einer Religionsgemeinschaft bezogen bleiben. Die Humanistische Union plädiert für die Zurücknahme des Religionsunterrichts in kirchliche Räume.

Um diese privilegierte Stellung des Religionsunterrichts ging es bei der Podiumsdiskussion: „Religionsunterricht an öffentlichen Schulen? — Vom staatlichen Engagement für Kirchenprivilegien“ Ende April in Essen.

Es diskutierten: Prof. Günter Lange (kath. Theologe), Prof. Heinz Kremers (evang. Theologe), Dr. Joachim Kahl, und Adolf Watty (Sprecher des schulpolitischen Arbeitskreises der HU in NRW). Die Diskussionsleitung hatte Prof. F. J. Wehnes.

Roter Punkt

Der Ortsverband Baden-Baden richtete an den Baden-Badener Oberbürgermeister folgendes Schreiben:

„Die Humanistische Union, Ortsverband Baden-Baden, solidarisiert sich mit der Bürgeraktion ‚Roter Punkt‘, weil

- nachweislich die Tarifierhöhungen nur einen verschwindenden Bruchteil des immer schneller anwachsenden Defizits decken können — also keine Lösung bringen,
- von der Erhöhung die sozial Schwächsten betroffen sind,
- die geplante Erhöhung eine Provokation darstellt, wenn gleichzeitig in Baden-Baden die Getränkesteuer herabgesetzt werden soll,
- nach der Meinung von Experten das Problem für den innerstädtischen Nahverkehr langfristig nur auf dem Wege über Null-Tarif geregelt werden kann.

Damit verlagert sich das Problem von der kommunalen auf die Bund-Länder-Ebene. Wir halten deshalb eine grundsätzliche Neubewertung des gesamten Fragenkomplexes in Baden-Baden für notwendig, mit dem Ziel, die vorgesehene Pseudo-Lösung der Tarifierhöhungen zu revidieren und — wie andernorts — sich intensiv für die überregionalen Lösungsversuche einzusetzen.

Zur besseren Information der Verantwortlichen und der Bevölkerung fordern wir deshalb eine öffentliche Diskussion, in der Experten der verschiedenen Lösungsvorschläge ihre Ansichten zur Debatte stellen.“

Mehr Erziehungsberatungsstellen

Der Ortsverband Heidelberg hat in einer Flugblattaktion auf das völlig unzureichende Angebot an Erziehungsberatungsstellen in Heidelberg hingewiesen und eine Änderung dieses Zustands gefordert. In dem Flugblatt heißt es unter anderem:

„Geschlagene Kinder sind ängstliche Kinder. Geschlagene Kinder glauben an die heilsame Kraft der Gewalt. Eines Tages werden sie selber schlagen oder Schlimmeres tun. 400–500 Kindesmißhandlungen pro Jahr sind gerichtsbekannt. Jährlich werden in der Bundesrepublik mindestens 100 Kinder von ihren Eltern totgeschlagen. Das sind weit mehr als durch Sexualdelikte ums Leben kommen ... Eltern brauchen Hilfe. Aber in Heidelberg gibt es nur eine ausreichend besetzte (katholische) Erziehungsberatungsstelle ... Das Institut für Psychagogik behandelt wohl psychisch geschädigte Kinder, ist aber weniger auf Elternberatung eingestellt ... Das Psychologische Institut der Universität hat für die Erziehungsberatung nur eineinhalb Kräfte. Wir fordern, daß die Stadt Heidelberg endlich eine Erziehungsberatungsstelle einrichtet. Dazu ist sie nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 Jugendwohlfahrtsgesetz verpflichtet.“

§ 218

Der Ortsverband Marburg hat im April/Mai eine örtlich viel beachtete Aktion für die Straffreiheit der Schwangerschaftsunterbrechung durchgeführt. Die Aktion wurde eingeleitet durch eine Podiumsdiskussion. Besondere Beachtung fand in der Öffentlichkeit eine Straßendiskussion mit Unterschriftensammlung. Diese erbrachte ca. 2500 zustimmende Unterschriften. In einem Brief an Bundesjustizminister Jahn (Marburg ist Jahns Bundestagswahlkreis) und Bundesgesundheitsministerin Strobel wiederholte der Ortsverband die Forderung der HU nach Straffreiheit der Schwangerschaftsunterbrechung im Rahmen der von der Gesamt-HU gemachten Vorschläge. Den Schreibern wurden die gesammelten Unterschriften beigelegt.

Bodenrecht

Vom Landesverband NRW werden jetzt intensiv die für September 1971 geplanten Aktionen gegen die Auswirkungen des geltenden Boden- und Mietrechtes vorbereitet. Es hat sich inzwischen ein Arbeitskreis der HU gebildet (Kontaktadresse: Elena Hinterberger, 46 Dortmund, Baeumer Str. 16, Tel. 41 32 27). Außerdem wird speziell zur theoretischen Vorbereitung auf die Aktionen im Herbst am 3./4. Juli ein Seminar stattfinden, das von Jusos und HU gemeinsam veranstaltet wird. Für den 8. Juni ist eine erste gemeinsame Sitzung von Vertretern der Landesverbände NRW der Jusos, Jungdemokraten und HU vorgesehen, auf der ein Aktionsplan ausgearbeitet werden soll. An gemeinsamen Aktionen werden stattfinden: Podiumsdiskussionen und Straßenaktionen mit lokalen Bezügen wenigstens in Essen, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Oberhausen, Duisburg und Münster.

Interessenten, die meinen, irgendwie bei diesem Thema mitarbeiten zu können, sind herzlich eingeladen. Inhaltlich wird die Kampagne sich etwa mit dem auf der Delegiertenkonferenz angenommenen Antrag des Ortsverbandes Wiesbaden (siehe Mitteilungen Nr. 49, S. 8) decken. Schließlich appellieren wir an alle Mitglieder, die unser Vorhaben zwar nicht durch persönliche Mitarbeit, aber finanziell unterstützen können und möchten. Auch kleinere Beträge sind

eine Hilfe! (Helge Klawitter, 43 Essen, Klingemannstraße 16, Sonderkonto Humanistische Union, Landesverband NRW, Commerzbank Essen, Nr. 3638061/92, Postscheckkonto der Commerzbank Essen: Essen, 200 50).

Dank an Joachim Steffen

Nach dem Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein richtete der Hamburger Ortsverband ein Schreiben an unser Mitglied Joachim Steffen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Steffen! Vor einigen Tagen beauftragte eine Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hamburg der Humanistischen Union mich, Ihnen für die Art Ihrer Wahlkampfführung zu danken.

Selbstverständlich bedeutet das bei der sehr verschiedenartigen politischen Einstellung unserer Mitgliedschaft nicht, daß wir uns mit allen Ihren Forderungen identifizieren oder alle Ihre Formulierungen gutheißen und verteidigen.

Dank und Anerkennung jedoch gebühren Ihnen, weil Sie mit Mut, Ehrlichkeit und Entschlossenheit versucht haben, Fortschritte und Reformen zu erreichen und auch angesichts einer kompakten Gegnerschaft und Feindseligkeit nicht bereit waren, Kompromisse mit sich selbst zu schließen.

Wir empfinden es besonders dann, wenn die Ergebnisse aller Bemühungen deprimierend wirken können, als notwendig, Ihnen als Mitglied der Humanistischen Union und als Politiker zu sagen, wie sehr wir Ihren Kampf für eine humane Gesinnung achten!“

Mitgliederversammlung in Duisburg

Der Ortsverband Duisburg—Mülheim—Oberhausen lädt zu seiner nächsten Mitgliederversammlung am 17. Juni um 9.00 Uhr ein. Die Versammlung findet im Bahnhofshotel Duisburg statt. Im Mittelpunkt der Versammlung wird ein Referat zum Problem der Bodenpreissteigerungen und ihren verhängnisvollen Auswirkungen auf Mieten und städtische Bauvorhaben stehen.

Kontaktadressen für Unterfranken

Am 15. Mai trafen sich in Würzburg Mitglieder der HU aus Unterfranken, um die Möglichkeiten aktiver HU-Arbeit zu besprechen. Angesichts der schwierigen Mitgliedersituation in diesem Gebiet (wenige, sehr weit verstreut wohnende Mitglieder) sahen die Versammelten davon ab formell einen Regionalverband zu gründen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß durch punktuelle Aktivitäten (Einschaltung in die öffentliche Diskussion HU-relevanter Probleme, eventuell Organisation einer größeren Veranstaltung) zunächst mal die Mitgliedersituation verbessert werden muß. Für interessierte Mitglieder, die an der Vorbereitung und Durchführung solcher Aktionen mitwirken wollen stehen zwei Kontaktadressen zur Verfügung. Für den Raum Würzburg: Dr. Karl Rügheimer, 8702 Gerbrunn, Gregor-Mendel-Straße 2, Tel. 0931/707439. Für den Raum Aschaffenburg: Lothar Reifenberger, 8752 Krombach Holzgasse 12, Tel. 06024/270.

Frauenaktion zum Problem der Schwangerschaftsunterbrechung

Die Selbstanklage („Ich habe abgetrieben“) der 343 Französinen, verbunden mit einem Appell für die Freigabe der Abtreibung, hatte und hat ein unerhört heftiges Echo auf nationaler und internationaler Ebene. Spontan unterschrieben in den ersten Wochen weitere tausend Frauen aus allen sozialen Schichten den Appell. Männer solidarisierten sich — hunderte zeichneten in wenigen Tagen: „Ich war Komplize einer Abtreibung“. Gerade wurde ein erster Aufruf von Ärzten für die Freigabe der Abtreibung veröffentlicht, gezeichnet von 230 Ärzten, darunter 24 Universitätsprofessoren. Damit ist der in Frankreich seit Jahrzehnten umstrittene Abtreibungsparagraph (bis zu 2 Jahre Gefängnis bei Selbstabtreibung) erstmals in seiner ganzen Skandalösität ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt.

Obwohl das französische Gesetz bei Selbst- und Fremdatbreibung den gleichen „Verfolgungszwang“ kennt wie das deutsche, d. h. der Staatsanwalt müßte ermitteln, aber nicht zwangsläufig auch Anklage erheben, haben bis heute — ein Monat nach der Veröffentlichung — weder Justiz noch Regierung reagiert.

Die Stärke der Französinen ist ihre große Zahl und den Entschluß, auf eventuelle Verfolgung einzelner **kollektiv** zu reagieren. Hinzu kommt die öffentliche Meinung! Drei Wochen nach dem Appell ergab eine Umfrage: 55% aller Befragten sind für eine ersatzlose Streichung des Abtreibungs-Paragraphen. Noch wenige Monate zuvor hatten nur 25% gewagt, sich dazu zu bekennen. „Zum ersten Mal wurde die Mauer des Schweigens durchbrochen“, schreiben die 343. „Jetzt müssen wir sie ganz einreißen!“

Eine Reihe von Frauengruppen („Frauenaktion 70“ in Frankfurt, „Weiberrat“ in München und der „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“ in Berlin) bemühen sich darum, diese Aktion auf die Bundesrepublik auszudehnen. Der Appell dieser Frauengruppen (siehe unten) weicht in einem Punkt von den Forderungen der HU ab, indem er die ersatzlose Streichung des § 218 verlangt. Wir halten unsere Vorstellung von einer weitgehendsten Liberalisierung des

§ 218 nach wie vor für konstruktiver und realistischer. In den Grundintentionen stimmen aber unsere Vorstellungen mit denen der Frauengruppen überein. Aus diesem Grund veröffentlichen wir den Appell der Frauen auf deren Wunsch. Wer diesen Appell unterschreiben will, sende ihn bitte an: Alice Schwarzer, 56 Wuppertal-Elberfeld, Tannenbergsstraße 47.

Appell

Jährlich treiben in der Bundesrepublik rund 1 Million Frauen ab. Hunderte sterben, zehntausende bleiben krank und steril, weil der Eingriff von Kurpfuschern vorgenommen wird. Von Fachärzten gemacht, ist die Schwangerschaftsunterbrechung ein einfacher Eingriff.

Frauen mit Geld können gefahrlos im In- und Ausland abtreiben. Frauen ohne Geld zwingt der Paragraph 218 auf die Küchentische der Kurpfuscher. Er stempelt sie zu Verbrecherinnen und droht ihnen mit Gefängnis bis zu 5 Jahren.

Trotzdem treiben Millionen Frauen ab — unter erniedrigenden und lebensgefährlichen Umständen.

Ich gehöre dazu. — Ich habe abgetrieben. — Ich bin gegen den Paragraphen 218 und für Wunschkinder.

Wir Frauen wollen keine Almosen vom Gesetzgeber und keine Reform auf Raten! Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218!

Wir fordern umfassende sexuelle Aufklärung für alle und freien Zugang zu Verhütungsmitteln!

Wir fordern das Recht auf die von den Krankenkassen getragene Schwangerschaftsunterbrechung!

NAME: ALTER:

BERUF: ADRESSE:

..... telef. zu erreichen:

UNTERSCHRIFT:

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrick verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkewitz.
Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48,
Telefon: 30 20 96/97. Redaktionsschluß 25. 5. 1971
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 15. 7. 1971

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200.
Diesen Mitteilungen liegt ein Aufruf des Solidaritätskomitees
Angela Davis bei.